

bietet sich trotz punktueller Radikalisierungserscheinungen von der Randal jugendlicher Außenseiter bis zu terroristischen Aktionen selbstisolierter einzelner und Gruppen von selbst.

Aber zu denken gibt diese Tendenz, Politiker zu Schuldigen für alle Ausfallerscheinungen, auch solche des persönlichen Glücks zu machen, schon. Denn ihr liegt ein unser gesellschaftliches Zusammenleben sehr allgemein bestimmendes Problem zugrunde. Es ist ebenso ein Produkt fortschreitender Individualisierung und Privatisierung wie der Wirkungen des modernen Interventionsstaates. Gemeint ist die bewußtseinsmäßige Verlagerung der moralischen Verantwortlichkeit weg vom einzelnen hin zu den Institutionen und zugleich weg von der Gesellschaft hin zum Staat.

Solche Verlagerung von Verantwortlichkeit ist angesichts des Komplexitätszuwachses unserer Gesellschaft ein Stück weit natürlich und unvermeidlich. Der einzelne ist viel stärker in systembedingte Entscheidungsprozesse und ihre Folgen eingebunden, insofern muß auch mehr kollektiv verantwortet werden. Es fällt aber auf, daß trotz vielstimmiger Klagen über die Abhängigkeit von Politik und Gesetzgebung von der öffentlichen Verwaltung einerseits und organisiertem Interesse andererseits vor allem *Politiker* und sie allein für alle wahrgenommenen oder empfundenen Übel verantwortlich gemacht werden.

Auch das ist an sich begreiflich. In ihnen läßt sich Öffentlichkeit resp. öffentliche Verantwortung am anschaulichsten personifizieren. *Verwaltung* und *Interessenvertretung* bleiben jedenfalls in der medial vermittelten Öffentlichkeit dagegen stärker im Hintergrund. Politiker eignen sich besser als Projektionsadressat, an dem sich von sich selbst abgespaltene Verantwortlichkeiten festmachen lassen. Aber der Weg vom Sündenbock zum öffentlichen Bösewicht, der an allem schuld ist, wird so kurz.

Der Drogengeschädigte, der in seinen Wahnvorstellungen den Minister für sein Unglück verantwortlich macht,

*symbolisiert* so zumindest ein Problem, das sich um so nachhaltiger bemerkbar macht, als wir uns an versorgungsstaatliches Denken gewöhnen und Politik von Politikern selbst so dargestellt wird, als könnte Politik alle Probleme, auch die existentiellen, auch die selbstverursachten lösen, oder sie sei zumindest dazu verpflichtet. Wer aber für alles verantwortlich gemacht wird (oder sich machen läßt), der wird in Krisenzeiten leicht zum Gegenstand kollektiven Hasses auch und gerade im demokratischen Staat. Deswegen muß über Politikerverwartungen und Politikversprechungen gleichermaßen neu nachgedacht werden.

## Plausibel

### *Eine katholische Stellungnahme zum Bevölkerungsproblem*

„Weniger Menschen durch weniger Armut, nicht: weniger Armut durch weniger Menschen.“ Das ist der Kernsatz einer Stellungnahme zum Thema Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, die Mitte Oktober von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht wurde. Autoren des Textes sind der Bonner Moraltheologe *Franz Böckle*, der Gießener Volkswirtschaftler *Hans-Rimbert Hemmer* und der Bonner Agrarsoziologe *Herbert Kötter*. Der Studie geht es vor allem um den Aufweis, daß eine auf Maßnahmen zur Familienplanung beschränkte Bevölkerungspolitik zu kurz greift, weil sie das Geflecht von Faktoren, das für die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt bestimmend ist, außer acht läßt.

Demgegenüber plädieren sie für ein *Gesamtkonzept*, das bei der Bekämpfung der *Massenarmut* ansetzt und auf diesem Weg Bedingungen für eine Verringerung der Kinderzahl schafft. Die Propagierung der Geburtenregelung stoße erfahrungsgemäß ins Leere, wenn nicht die Grundbedin-

gungen einer menschenwürdigen Existenz geschaffen würden. Die Förderung der Familienplanung dürfe nicht Mittel der ökonomisch reichen Zivilisationen sein, die ihnen gefährlich scheinende Bevölkerungsexplosion einzudämmen, sondern eine Hilfe, um nach der Überwindung der Armut eine neue Freiheit zu ermöglichen.

Die Autoren fordern eine Veränderung sowohl der externen wie der internen Rahmenbedingungen für die Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, wobei im ersten Fall die Industrieländer zu einer Umstrukturierung der ungleichen wirtschaftlichen Austauschbeziehungen mit den Entwicklungsländern aufgerufen sind, während im zweiten Fall die Verantwortung der vielfach überreichen Eliten in den Ländern der Dritten Welt gefragt ist.

Gefordert werden u. a. Hilfen beim Aufbau einer relativ einfachen Infrastruktur und einer beschäftigungsorientierten Industrie in den unterentwickelten Ländern und die internationale Öffnung der Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern durch Verzicht auf Protektionismus in den hochindustrialisierten Ländern. Eine Steuerung des Bevölkerungswachstums könne nur gelingen, wenn die Aufgabe gemeinsam angegangen werde. Ein besonderes Augenmerk der Stellungnahme gilt auch der *Verantwortung und Entscheidung der Betroffenen*, die auf keinen Fall übergangen werden dürfe: Optimale Bevölkerungsentwicklung ergebe sich nicht als ein dem Menschen ohne Anspruch an seine Freiheit von außen oder „oben“ aufgenötigtes Schicksal.

In ihrer Skepsis gegenüber staatlichen Maßnahmen in der Bevölkerungspolitik (Zwangmaßnahmen werden aus ethischen Gründen abgelehnt) und in ihrer Betonung der Verantwortung der Betroffenen befindet sich die Stellungnahme im Einklang mit der Position, wie sie in der katholischen Kirche lehramtlich vertreten wird. Der Text ist denn auch deutlich bemüht, die Kirche und ihren Beitrag zur Lösung des Bevölkerungsproblems zu würdigen und gegen Angriffe in Schutz zu nehmen. So heißt es, entge-

gen oft gehörter Meinung verlange die Moral- und Soziallehre der katholischen Kirche hohe Verantwortung im generativen Verhalten. Die Autoren verweisen auch auf erfolgreiche Projekte zur Förderung der kirchlich propagierten „natürlichen“ Familienplanung.

Demgegenüber tritt die kritische Auseinandersetzung mit der kirchenamtlichen Position zur Bevölkerungspolitik im allgemeinen und zur Familienplanung im besonderen zurück. Immerhin wird festgehalten, die „Amtskirche“ habe auf „mittlerer und höchster Ebene im Bereich der Weltbevölkerungsproblematik einen deutlichen Nachholbedarf“, wie die fehlenden bzw. zögerlichen Verlautbarungen auswies. Und der letzte Satz der Stellungnahme lautet, nicht ein unfruchtbarer *Methodenstreit*, sondern allein ein letzter Einsatz um das Überleben der Menschheit werde unserer Verantwortung gerecht.

Gerade dieser weder für die Öffentlichkeit noch für große Teile des Kirchenvolkes und der Theologie mehr nachvollziehbare *Methodenstreit*, genauer gesagt die mit immer neuem Nachdruck vorgetragene prinzipielle Absage an „künstliche“ Mittel zur Empfängnisverhütung belastet die offizielle katholische Haltung zum Bevölkerungsproblem (vgl. auch ds. Heft, S. 524 f.). Wenn die in der Analyse wie in den Lösungsvorschlägen plausible und weiterführende Stellungnahme der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe zur Lockerung der Blockaden beitragen könnte, wäre einiges gewonnen. <sup>ru</sup>

## Zuviel Synodalität?

*Zu einer Kollegialitätskritik am Rande der Bischofssynode*

Eugenio Corecco, Bischof von Lugano, Kirchenjurist, großer Freund und Förderer von *Comunione e liberazione* und während der Bischofssynode Delegierter der Schweizer Bischofskonferenz, ist einem offenen, gelegentlich auch ungeschützten Wort selten ab-

hold. Es wunderte deshalb nicht, daß er bei einem Pressegespräch am Rande der Synode auch diese mit einiger Kritik bedachte. Er beanstandete u. a. den zu *raschen Rhythmus* der Vollversammlungen der Synode, sprach von „permanenter Synodalität“ und wandte ein, durch die rasche Abfolge von Synoden würden die Ortskirchen und der Episkopat überfordert. Kaum sei eine Synode vorbei, heiße es schon wieder die nächste vorbereiten. So habe man keine Zeit, die Ergebnisse zu verarbeiten und sie in die Praxis umzusetzen.

Solche Kritik ist gegenwärtig mehr als verständlich, da neben den ordentlichen Vollversammlungen auch die Sondersynoden für Europa und für Afrika vorzubereiten sind und durch solche Massierung von Synoden auch das römische Sekretariat der Synode inhaltlich wie organisatorisch seine Schwierigkeiten hat. Solche Kritik wurde übrigens von anderen bischöflichen Synodalen geteilt, so z. B. von *Aloisio Lorscheider*, Kardinal und Erzbischof von Fortaleza (Brasilien), der *einen Fünf- statt den Drei-Jahres-Rhythmus* vorschlug und zugleich Verfahrensweise und Ergebnisgestaltung bei Bischofssynoden problematisierte. Der Informationsfluß zwischen den römischen resp. päpstlichen Instanzen und den Bischöfen lasse zu wünschen, und im Ergebnis, so Lorscheider sinngemäß, komme nicht hinreichend zum Ausdruck, was auf den Synoden besprochen und als Konsensbildung festgehalten werde – ein deutlicher Hinweis, daß in den päpstlichen Rundschreiben, in denen Synodenergebnisse jeweils gesamtkirchlich umgesetzt werden, mehr die päpstliche, auch kuriale Sicht der Dinge als die synodale Meinungsbildung zum Ausdruck kommt.

Die Kritik Coreccos wies in ihrer Sinnspitze allerdings in eine ganz andere, genauer in die Gegenrichtung. Er sprach von „übertriebener Kollegialität“, die auf Kosten der Eigenverantwortlichkeit der Diözesanbischöfe gehe, und forderte ein neues, besseres Gleichgewicht zwischen synodaler Verantwortung und der ihm *von Amts wegen zukommenden Eigenständigkeit*

*des einzelnen Bischofs*. Es ist dabei nicht ganz deutlich geworden, worin das anders gedachte Gleichgewicht letztlich bestehen soll. Aber offenbar schlug hier zur Abwechslung einmal nicht der antikuriale, sondern der *antikollegiale Affekt* durch, die Sorge, die Stellung des Einzelbischofs in seiner Diözese könnte durch Einbindung in Entscheidungen von Kollegialorganen unterminiert werden.

Diese Sorge wurde um so deutlicher, als Corecco die Stellung des Bischofs auch von unten – er muß wohl speziell Schweizer Verhältnisse im Blick gehabt haben –, von den Pfarrern her bedroht sieht. Viele *Pfarrer*, so drehte der Bischof die eigene antikollegiale Argumentation um, fühlten sich heute „wie ein Bischof in der eigenen Pfarrei“ und tendierten dazu, „alles nach eigenem Ermessen zu entscheiden“. Es gelte wieder ein stärkeres Bewußtsein für die Zugehörigkeit zum Bischof und zu den Mitgeistlichen zu entwickeln.

Wie aber soll das gut gehen, wenn Bischöfe kollegiale Strukturen mit Bindewirkung für sich selbst ablehnen, sie fürchten oder sie möglichst kleinhalten wollen? Ist *Seelsorge*, und alles kirchliche Handeln läuft ja, wenn es Dienst an der christlichen Frohbotschaft ist, darauf hinaus, nicht immer *Gemeinschaftswerk* und Kirche von Grund auf *Communio*, in der sich Bischöfe wie Pfarrer und Gläubige zu bewähren haben? So gesehen ist es geradezu grotesk, wenn jetzt versucht wird – Bischof Corecco brachte mit seiner Kritik gewiß eine gegenwärtig herrschende Grundtendenz zum Ausdruck –, die durch das Zweite Vatikanum ohnehin erst in Ansätzen zum Durchbruch gekommene Formen und Instanzen kollegialer (und kommunionaler) Meinungsbildung und Entscheidungsfindung (Bischofskonferenzen, Synoden, kirchliche Räte) durch Anspruch auf mehr Eigenständigkeit von Diözesanbischöfen wieder zurückzudrehen oder ihre Wirkungen möglichst zu unterbinden.

Im übrigen war die Herausstellung des Diözesanbischofs in eine Art hierarchischer „splendid isolation“ in der Geschichte der Kirche immer schon